

Entwicklungspolitik im Rahmen politischer Stagnation – das Ein-Mal-Eins der pakistanischen Tagespolitik

Eine entwicklungspolitische Bestandsaufnahme und politische Analyse sieben Jahre nach dem unblutigen Putsch durch General Pervez Musharraf

Nils Rosemann

Sieben Jahre nach dem unblutigen Putsch General Musharrafs gegen Nawaz Sharif beschäftigt sich dieser Beitrag mit der Frage, welchen Einfluss das erneute direkte Eingreifen des pakistanischen Militärs in die Tagespolitik auf die Lebenssituation der Bevölkerung und die politische Kultur des Landes hat. Im Vorfeld des siebten Jahrestages seiner Machtergreifung erklärte – jetzt Präsident – General Pervez Musharraf im pakistanischen Kur- und Ferienort Murree: „Wer auch immer Pakistan national oder international etwas anhaben will, muss zuerst mich bekämpfen“. Pakistans Präsident in Uniform macht damit zweierlei klar: Erstens ist er von sich und der von ihm ausgewählten Regierung unter Premierminister Shaukat Aziz zufrieden. Zweitens gibt es mit ihm keinen Richtungswechsel in der Wirtschafts-, Entwicklungs- und Militärpolitik. „Es gibt keinen Kompromiss in der Stabilitäts- und Interessenpolitik des Landes“, so Musharraf. Diese seien durch die regierungseigenen Entwicklungsprojekte und Initiativen zur Generierung von Wohlstand umschrieben.

Auf diesen Aussagen und den Eindrücken des eigenen – über zweijährigen – Aufenthaltes in Pakistan aufbauend, geht dieser Beitrag davon aus, dass Pakistan ohne Musharraf zwar nicht denkbar erscheint, diese Stagnation jedoch die entwicklungspolitischen, wirtschaftlichen und innen- wie außenpolitischen Rahmenbedingungen nachhaltig schädigt. Anhand der verfehlten bzw. nicht existenten Trink- und Abwasserpolitik wird beispielhaft eine verfehlte Entwicklungspolitik analysiert. Das Fehlen demokratischer Institutionen wie politische Teilhabe und Rechenschaftspflichten führen zur Frage nach Veränderung und deren Möglichkeiten in einer international anerkannten „aufgeklärten Diktatur“. Die Dominanz des Mili-

tärs in der Politik führt zu einem Ausblick auf militärische Auseinandersetzungen.

Zieht man Musharrafs eigenen Maßstab guter Regierungsführung, die Verbesserung der Lebensbedingungen, nachhaltige ökonomische Entwicklung und regionale Befriedung, zur Beurteilung seiner Politik heran, so ist das Urteil nicht nur ernüchternd, sondern zeigt das Versagen der Militärregierung und seiner politischen Eliten in Islamabad. Der Kaschmirkonflikt mit Indien ist keiner Lösung näher und die grenzüberschreitenden Aktivitäten paramilitärischer Mujaheddin im Kaschmir sowie der Taliban und Al Kaida nahen Gruppen in der Grenzregion zu Afghanistan sind konstant. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten

zwischen sechs und acht Prozent basieren auf massiven Privatisierungen. Die Inflation – bei Nahrungsmitteln bis zu zehn Prozent – hat bereits den Mittelstand größtenteils zerstört und trägt beständig zur Verarmung der Bevölkerung bei.

Entwicklungshilfe ausgeben ohne zu helfen

Kritiker der pakistanischen Machtoligarchie aus altem Grundbesitz- und neuem Privatisierungsadel behaupten, dass nur fünf Prozent der zirka 160 Millionen Einwohner Bürger der Islamischen Republik Pakistan sind. Sie bestimmen in Militär, Wirtschaft, Verwaltung und Politik die Geschicke des Landes. Die restlichen 152 Millionen Pakistani, von denen 65,6 Pro-

zent von weniger als 1,5 Euro pro Tag leben müssen oder 75 Prozent keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, sind die Objekte der Macht. „Politische Teilhabe“ auf pakistanisch bedeutet, durch Politik einen Teil des landesweiten Reichtums für sich oder Freunde haben zu wollen. Beteiligung wird zur Bereicherung.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bescheinigt Pakistan in seinem diesjährigen Bericht zur menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen (*Human Development Report 2006: Beyond scarcity: Power, poverty and the global water crisis*) mit Platz 134 (von 159) die Verbesserung um einen Platz in der globalen Armutstatistik. Kaum ein Erfolg, beachtet man, dass Pakistan lediglich mit Bhutan den Platz getauscht hat. Der diesjährige Bericht beurteilt die menschliche Entwicklung schwerpunktmäßig anhand der Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser und ausreichenden sanitären Einrichtungen. Die pakistanische Regierung behauptet, 90 Prozent der Bevölkerung in den Städten sei an ein öffentliches Wassernetz angeschlossen. UNDP stellt dazu fest: „Was bedeutet das in der Praxis? Betrachtet man die Städte Lahore (5 Millionen) und Karatschi (10 Millionen), in denen schätzungsweise die Hälfte der Bevölkerung in informellen Siedlungen und Slums lebt. Beide Städte sind von einer Kombination aus Grund- und Kanalwasser abhängig. Da 40 Prozent des Wassers ungefiltert und 60 Prozent gänzlich unbehandelt sind, sind wasserbedingte Krankheiten üblich.“ Eine Stadt wie Lahore verfügt über keine Kläranlage.

UNDP empfiehlt Entwicklungsländern 1 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser und in die Abwasserentsorgung zu investieren. In Pakistan sind es gerade einmal 0,1 Prozent. Ein Betrag den laut UNDP die Rüstungs- und Militärausgaben um das 47fache überstei-

gen. Pakistan ist Atommacht, leistet sich 500.000 Mann unter Waffen und hat gerade ein eigenes Weltraumprogramm aufgelegt. Dennoch werden in der pakistanischen Tagespresse regelmäßig Regierungsbeamte zitiert, die von jährlich 150.000 Kindern sprechen, die wasserbedingten Krankheiten – auch in Ermangelung einer ausreichenden medizinischen Versorgung – zum Opfer fallen. Während militärische Projekte – wie Mittel- und Langstreckenraketen, strategische Autobahnen und Häfen – immer verwirklicht werden, versanden die Wasserprojekte im wahrsten Sinne des Wortes.

Bereits 2002 verabschiedete die pakistanische Regierung die „Pakistan Water Sector Strategy“, als Voraussetzung für einen Weltbankkredit für landwirtschaftbezogene Bewässerungsprojekte. Rückfragen des Autors gegenüber dem Wasser- und Energieministerium führten zur Erklärung, dass diese Strategie nicht die Auffassung der Regierung, sondern von durch die Asiatische Aufbaubank (*Asian Development Bank*) finanzierte Berater (consultants) widerspiegeln. Das Pakistanische Umweltministerium gab dann 2003 ein eigenes „Clean Drinking Water Initiative Project“ bekannt, das aber keine weiteren Initiativen zur Folge hatte. 2006 initiierte daraufhin Premierminister Aziz gemeinsam mit dem Umweltministerium das 7,5 Milliarden Rupien (10 Millionen Euro) umfassende „Clean Drinking Water Programme“, nach dem bis 2007 jede Gemeinde mit sauberem Trinkwasser versorgt werden soll. Unzufriedenheit mit der weiteren Ergebnislosigkeit dieser Initiative führte im Herbst 2006 dazu, dass die Implementierung dem Wirtschaftsministerium übertragen wurde. Letztendlich rief Präsident General Musharraf im November mit „Clean Drinking Water for All“ eine weitere multimilliardenschwere Initiative ins Leben. „Es ist Irrsinn, aber mit System“ so Polonius über Hamlet in Shakespeares Drama. Das System in Paki-

stan besteht darin, dass mit mehr Initiativen mehr bi- und multilaterale Entwicklungshilfe eingeworben werden kann, an der wiederum mehr und verschiedene „Implementierungspartner“ verdienen.

Fehlende politische Rechenschaftspflicht

Im „Land der Reinen“, was Pakistan übersetzt bedeutet, stehen die Wenigsten mit einer weißen Weste da. Die Nichtregierungsorganisation *Transparency International* geht davon aus, dass bis zu 50 Prozent des öffentlichen Lebens von Korruption bestimmt sind, und stuft Pakistan hinter Bangladesch als zweitkorruptestes Land der Region ein. Die Nationale Entwicklungskommission ging für das Jahr 2003 davon aus, dass fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes bzw. 1,4 Milliarden Euro für administrative Gegenleistungen von einer Hand in die andere wechselte. Bei soviel schwarzen Geldern steigt die Anzahl der sich gegenseitig waschenden Hände mit der Bedeutung des Amtes. Unter den 37 Bundesministern in Pakistans Kabinett gibt es somit beliebte Posten, wie den Minister für Privatisierung, militärisches Beschaffungswesen oder Wohnen. Obwohl Mitglieder so genannter demokratischer Parteien ist das „An-der-Macht-bleiben“ für viele Politiker wichtiger, als der weltanschauliche Hintergrund oder die demokratische Legitimation. Beispielhaft seien hier Innenminister Aftab Ahmed Khan Sherpao und Verteidigungsminister Rao Sikander Iqbal genannt. Beides langjährige Topfunktionäre in Benazir Bhuttos *Pakistan Peoples Party* (PPP), zogen sie den eigenen Machterhalt der Opposition vor und gründeten mit PPP-Sherpao und PPP-Patriots ihre eigenen Splittergruppen. Ähnlich erging es der *Pakistan Muslim League* (PML) deren PML-N Vorsitzender Nawaz Sharif nach dem Putsch durch Musharraf im Exil lebt und deren von Chaudhry Shujat Hussain angeführte Fraktion

mit Shaukat Aziz den neuen Premierminister stellt.

Dass derartige Parteiwechsel zum Machterhalt mit Geld zu tun haben, zeigt auch das Beispiel von Justizminister Mohammad Wasi Zafar. Zafar war ebenfalls ein hoher Parteifunktionär der PPP unter Benazir Bhutto und mehrfach Abgeordneter im Provinzparlament des Punjab. Nachdem Musharraf dieses aufgelöst hatte und 2002 Wahlen auf föderaler Ebene zuließ, wechselte Zafar in die PML und bekam von dieser den sicheren Wahlbezirk Jaranwala. Dieser „deal“ musste sich natürlich für das Establishment von Jaranwala auszahlen. Zur Einlösung seiner Wahlversprechen wurde Zafar als Minister berufen. Die entsprechende Kreativität vorausgesetzt, konnten so auch Mittel in seinen Wahlbezirk zurückfließen. Zafar wurde Minister für Recht, Justiz und Menschenrechte. Hinsichtlich der Menschenrechtssituation sind sich nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen einig, dass trotz Pakistans Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen diese vielfältig verletzt werden. Im jüngsten Jahresbericht von *amnesty international* werden 600 dokumentierte Ehrenmorde, 72 religiös motivierte Anklagen wegen Blasphemie gegen Minderheiten, Morde and Journalisten und zig Fälle von Verschwindenlassen angegeben. Höhere Dunkelziffern bestätigen sich genauso, wie die Foltervorwürfe gegenüber pakistanischer Polizei und Sicherheitskräfte. Für eben jene Folteropfer existiert ein unter anderem von Norwegen finanzierter Entschädigungsfonds in der Zuständigkeit von Minister Zafar. Von den 365 erfolgreichen Entschädigungsanträgen in diesem Jahr stammen 305 aus des Ministers Wahlbezirk Jaranwala. In den zwei Jahren seiner Existenz verhalf der Menschenrechtsopferentschädigungsfonds 865 Antragstellern aus des Ministers Wahlbezirk. Im Gegensatz zu den Regularien mussten diese keine Strafanzeige und Bestätigung der örtlichen Behörden,

sondern nur eine Kopie des Personalausweises vorweisen.

Belutschistan – Bürgerkrieg als Zukunftsbild politischer Auseinandersetzung

Das Wechseln der Parteimitgliedschaft und die Kollaboration mit dem Militär hat in Pakistan Tradition. Keiner könnte diese Tradition besser repräsentieren als der Belutsche Mir Zafarullah Khan Jamali. Da der Unterclan der Jamalis eher von geringem Einfluss im traditionellen Sardar- (Fürsten-) –system ist, wechselte der ambitionierte Jamali in den 1960er Jahren in die Zentralpolitik und als Mitglied der PPP Minister unter S.A. Bhutto. Nachdem General Zia gegen diesen putschte, suchte er sich zivile Repräsentanten und ließ Jamali zunächst sein Ministeramt weiter ausüben und machte ihn später zum Chiefminister Belutschistans unter Militärgouverneur Khan. Nach General Zia-ul-Haq's mysteriösem Tod bei einem Flugzeugabsturz 1988 kehrte die Politik nach Belutschistan zurück und Jamali widmete sich erneut der Zentralpolitik. In den 1990ern wechselte er in die Pakistanische Muslimliga. Sein Karrieredurchbruch kam erneut unter einem General als Präsidenten. Im November 2002 ernannte ihn General Pervez Musharraf zum Premierminister, ein Amt, das Jamali bis Juni 2004 bekleidete.

Der Belutsche als Premier ließ Musharraf seine Regionalpolitik der Ressourcenausbeutung in Belutschistan mit militärischen Mitteln durchführen. Das Beispiel Belutschistan zeigt jedoch folgendes: je größer die Rolle des Militärs in der Politik und je geringer die politische Beteiligung ist, desto größer ist auch die Gefahr dass politische Auseinandersetzungen militärisch geführt werden. Die durch Stimmenkauf und Wahlfälschung in den Provinzwahlen 2002 erreichte politische Marginalisierung traditioneller Führer wie Sardar Ataullah Mengal und Sardar Khair Baksh Mar-

ri und ihrer *Balochistan National Party* sowie der *Jamhoori Watan Party* (*Republican National Party*) unter Nawab Akbar Bugti trug direkt zum Ausbruch des Bürgerkrieges 2004/05 bei. Marri wird direkter Einfluss auf die Befreiungsarmee Belutschistans nachgesagt. Bugti kam bei einem Kampfhubschraubereinsatz am 26. August 2006 ums Leben.

Das Auseinanderdriften von Musharrafs Zentralregierung und der von ihr ehemals bevorzugten islamistischen Oppositionsgruppe *Muttahida Majlis-e-Amal* (MMA - Vereinigte Aktionsfront), die in der Nordwestgrenzprovinz mit absoluter Mehrheit und in Belutschistan mit der Musharraf treuen PML-Fraktion die Regierung stellt, bietet einen teilweise besorgniserregenden Ausblick. Die Verabschiedung der von den säkularen Oppositionsparteien (*PML-Nawaz*, PPP) mit unterstützten *Womens Protection Bill* hat gezeigt, dass es eine einheitliche Opposition gegen Musharraf nicht gibt. Die gleichzeitige Verabschiedung der *Hasba Bill* – einer Art islamistisches Dorfrecht – durch die MMA in der Nordwestgrenzprovinz zeigt jedoch auch, dass die politische Alternative im Norden des Landes mit dem übereinstimmt was die Taliban in den teilautonomen Stammesgebieten Waziristans bereits militärisch etabliert haben. So bilden sich immer stärkere Zentrifugalkräfte, denen wegen der Abwesenheit eines demokratischen Systems sich erneut das Militär widmen wird. Eine traurige Konstante; wie Musharraf. Dieser wird sich noch vor den für die 2007 geplanten Neuwahlen für eine weitere Amtszeit als Präsident in Uniform bestätigen lassen, um so die Regierungsbildung „unabhängig“ regeln zu können.